



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
05.11.2024 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Forscher streichen erste Regionen	4
04.11.2024 nordkurier.de: Endlager auf Rügen, Atommüll an der Ostsee? So stehen die Chancen	5
05.11.2024 Braunschweiger Zeitung: Atommüll-Endlager: Die Suche, bei der niemand gefunden werden will	6

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Thorsten Fuchs [tmt6jteuj5w8ohu6ypjqb]**Seite:** 5**Ressort:** RND-Politik**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 10/2024² von PMG gewichtet 7/2024**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 18.553 (gedruckt) ¹ 21.719 (verkauft) ¹
22.345 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,063 (in Mio.) ²

Forscher streichen erste Regionen

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung veröffentlicht erstmals Zwischenstände ihrer Arbeit

Die Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager geht voran - in kleinen Schritten. Erstmals hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die infrage kommenden Gebiete etwas reduziert. Galten bislang 54 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands als möglicherweise geeignet, sind es jetzt nur noch 44 Prozent. BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder kündigte an, von jetzt an jährlich über den Arbeitsstand zu berichten: „So ist für die Öffentlichkeit immer nachvollziehbar, welche Gebiete wir bereits auf ihre Sicherheit hin bewertet haben.“

Für 13 über Deutschland verteilte sogenannte Teilgebiete hat die BGE jetzt ihre vorläufige Bewertung vorgelegt. Der allergrößte Teil dieser Flächen kommt demnach für ein Endlager aus wissenschaftlicher Sicht nicht infrage. Die Gebiete liegen vor allem im nördlichen Bayern, in Sachsen und Thüringen sowie im Süden Niedersachsens. Als größtenteils ungeeignet habe sich dabei zum Beispiel das sogenannte Saxothuringikum herausgestellt, eine gut 32 000 Quadratkilometer große Zone kristallinen Gesteins, die sich vom nördlichen Baden-Württemberg bis zum südlichen Brandenburg erstreckt. Im Thüringer Becken, einem 6000-Quadratkilometer-Gebiet auf der Fläche Hessens, Nieder-

sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens, gelten 70 Prozent der Fläche demnach als höchstens gering geeignet - der Rest wird noch geprüft. Im Gebiet Solling-Becken, einem Gebiet von Salzgestein zwischen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen, gelten jetzt 50 Prozent als ungeeignet. Kleinere Flächen haben sich demnach auch in Schleswig-Holstein sowie auf Rügen als ungeeignet herausgestellt. Als untauglich gelten Gebiete zum Beispiel, wenn die Gesteinsschicht darunter dünner ist als 100 Meter und sie somit den Müll nicht sicher einschließen kann.

Theoretisch sind all die Gebiete nach wie vor als mögliche Standorte für ein Endlager für hoch radioaktiven Atommüll noch im Rennen, betonte eine Sprecherin der BGE am Montag. Die Entscheidung treffe am Ende der Gesetzgeber. Praktisch werden die Zonen, die jetzt als ungeeignet bewertet wurden, nach dem Votum der Forscher und Forscherinnen in der weiteren Diskussion keine Rolle mehr spielen. Den allergrößten Teil der Arbeit haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BGE aber ohnehin noch vor sich: Bis Ende 2027 müssen sie alle Teilgebiete untersucht und eine Liste geeigneter Regionen erstellt haben.

Über den weiteren Zeitplan hatte es

zuletzt erbitterte Diskussionen gegeben. In einer vor Kurzem bekannt gewordenen Studie hält das Freiburger Öko-Institut einen Abschluss für frühestens 2074 für realistisch. In der vergangenen Woche hat die Entsorgungskommission, ein Expertengremium beim Bundesumweltministerium, vor einem Scheitern des gesamten Prozesses gewarnt und Vorschläge für eine Beschleunigung vorgelegt. So solle die BGE ihre Suche zum Beispiel auf zwei der drei möglichen Gesteinsarten Ton, Salz und Kristallin beschränken, um den Aufwand zu verringern.

Die BGE dagegen hält auch einen deutlich früheren Abschluss der Suche nach wie vor für möglich - und sieht sich in der jetzt laufenden ersten groben Phase der Suche im Zeitplan. Vergleiche mit Schweden und Finnland, wo demnächst das erste Endlager für hoch radioaktiven Atommüll in Betrieb geht, gingen fehl, betont eine BGE-Sprecherin. Auch dort habe die Suche Jahrzehnte gedauert.

Zitat-Text:

So ist für die Öffentlichkeit immer nachvollziehbar, welche Gebiete wir bereits auf ihre Sicherheit hin bewertet haben. Iris Graffunder, BGE-Geschäftsführerin

Abbildung:

Zwischenlager: 34 Castor-Behälter stehen am Kernkraftwerk Philippsburg.

Fotograf/-in:

Foto: Uli Deck/dpa

Wörter:

494

Ort:

Hannover

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUpD): 0,355 (in Mio.)²Visits (VpD): 0,568 (in Mio.)¹Weblink: <https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/endlager-auf-ruegen-atommuell-an-der-ostsee-so-stehen-die-chancen-3045530>¹ von PMG gewichtet 09-2024² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Endlager-Suche

Endlager auf Rügen, Atommüll an der Ostsee? So stehen die Chancen

Auf der beliebten Ferieninsel an der Ostsee kam bislang eine potenzielle Fläche als Endlager für hochradioaktiven Atommüll infrage. Am Montag gab es dazu Neuigkeiten.

Auf der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll ist ein zunächst in das Auswahlverfahren einbezogenes [Teilgebiet im Norden von Mecklenburg-Vorpommern als ungeeignet eingestuft worden](#). Wie die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Montag in einem Zwischenbericht mitteilte, handelt es sich dabei um eine Region mit Steinsalzvorkommen, die den westlichen Teil der Insel Rügen, die südliche Hälfte der Insel Hiddensee und Bereiche unterhalb der Ostsee umfasst. Das ausgewählte Areal auf Rügen sei im Zuge der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen als Gebiet der Kategorie D eingestuft worden, heißt es dazu [im Online-Navigator zur Endlagersuche](#). Die Einstufung bedeute, dass die Region für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht geeignet sei und nicht weiter untersucht werde. Als Begründung für die Entscheidung führte die Bundesgesellschaft unter anderem an, dass die Dicke der Steinsalzschieben in dem untersuchten Gebiet jeweils geringer als 100 Meter ist.

Ludwigslust-Parchim und Schwerin

weiter in der Auswahl

In anderen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns wird hingegen weiter die Möglichkeit eines Endlagerstandortes geprüft. Nach Angaben der BGE wurden unter anderem im Landkreis Ludwigslust-Parchim, Schwerin, Nordwestmecklenburg, Rostock sowie der mecklenburgischen Seenplatte Teilgebiete identifiziert, die potenziell günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen aufweisen. Dabei handelt sich insbesondere um ausgeprägte Tongestein- oder Steinsalzschieben. „Die sogenannten Wirtsgesteine haben Eigenschaften, die geeignet sind, hochradioaktive Abfälle für viele Hunderttausend Jahre sicher einzuschließen“, heißt es dazu von der BGE.

Weitere Untersuchungen bis 2027

Mehr als vier Jahre nach ihrem ersten Zwischenbericht hat die Bundesgesellschaft die potenziell geeigneten Flächen in Deutschland in dem neuen Bericht weiter eingegrenzt. Demnach kämen bundesweit nun noch 44 Prozent der Landesfläche infrage, sagte BGE-Spre-

cherin Dagmar Dehmer. 2020 waren es noch 54 Prozent.

Der neue Arbeitsstand beschreibt noch immer keine verbindlichen Ergebnisse: Die Einschränkung der Teilgebiete auf Standortregionen, die im weiteren Verlauf des Verfahrens oberirdisch erkundet werden, soll laut BGE erst Ende 2027 erfolgen. Die finale Entscheidung über diese zu erkundenden Standortregionen trifft der Bundestag.

Endlager für Atommüll soll bis 2050 gefunden sein

Bei der Endlagersuche geht es um einen Ort in der Tiefe zur dauerhaften Lagerung von 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Mülls aus mehr als 60 Jahren Atomkraft in Deutschland. Es soll ein Ort gefunden werden, der für eine Million Jahre sicher ist, da der Müll Hunderttausende Jahre strahlt. Aufbewahrt wird er aktuell in 16 oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern.

Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass bis 2050 ein entsprechendes Endlager gefunden sein wird.

Abbildung:

Bis 2050 soll in Deutschland ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll gefunden sein. Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden Möglichkeiten eines Standortes geprüft.

Fotograf-in:

(Foto: Sina Schuldt/dpa)

Abbildung:

In Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Teilgebiet auf Rügen als ungeeignet für die Atommüll-Endlagerung eingestuft

Fotograf-in:

(Foto: dpa)

Wörter:

425

Autor/-in: Harald Likus
Seite: 2
Ressort: Vermischtes

Jahrgang: 2024
Nummer: 258
Auflage: 20.392 (gedruckt)¹ 24.703 (verkauft)¹
24.976 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,077 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

Atommüll-Endlager: Die Suche, bei der niemand gefunden werden will

Die BGE sortiert die ersten Gegenden aus, was die Endstation für hochradioaktive Hinterlassenschaften angeht. In Teilen Niedersachsens gibt es Aufatmen.

Harald Likus

Braunschweig Ist der Ausdruck „zähe Suche“ schon polemisch? Dagmar Dehmer, die Sprecherin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine, würde das Wort „gründlich“ besser finden. Und vor allem das Wort „transparent“. Es geht um die Suche eines Endlagers für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland.

Klar, derlei würde in bestimmten Ländern – um die es jetzt nicht gehen soll – nach dem Zackbumm-Prinzip von oben entschieden. „Par ordre du mufti“, wie man sagt. In unserer Sache fällt einem dagegen das Witzchen „ordre du grufti“ ein. Denn wer weiß schon, wer von uns allen das Ende des Prozesses überhaupt erleben wird. Das Jahr 2074 ist wohl ein Termin...

Doch auch bei langen Wegen sind die ersten Schritte bemerkenswert. Deshalb gab es am Montag einen Zwischenbericht aus der ersten Phase. Ergebnis: Mehr als vier Jahre nach ihrem ersten Zwischenbericht hat die BGE die potenziell geeigneten Flächen – ein bisschen – eingegrenzt. Demnach kämen noch 44 Prozent der Landesfläche infrage. Zuvor waren es 54 Prozent. Gebiete aus unserer Region sind nicht aus der Riege der potenziell geeigneten Flächen verschwunden.

Bevor man sich in geologischen Details verliert, sei das Vorgehen der Behörden (erst BGE, dann auch BASE, also Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) bei dieser Mammutaufgabe erläutert. Die Bereichsleiterin Standortauswahl bei der BGE, Lisa Seidel, drückte es so aus: „Wir suchen in einem wissenschaftsbasierten Verfahren den Standort mit der bestmöglichen

Sicherheit. Daher setzen wir die Sicherheitsanforderungen für die Gebiete mit jedem Prüfschritt ein bisschen höher. Gebiete, die eine Hürde nicht überspringen, werden nicht weiterbearbeitet.“ Laut BGE sind 120 ihrer Fachleute mit dem Thema befasst, hinzu kämen bis zu 60 Externe, dazu noch etwa hundert unabhängige Wissenschaftler verschiedener Disziplinen. Derzeit befinden wir uns noch in der ersten Phase – Ermittlung von Teilgebieten und dann Vorschlag von Standortregionen für die übertägige Erkundung. Die Einschränkung der Teilgebiete auf Standortregionen, die im weiteren Verlauf des Verfahrens oberirdisch erkundet werden, soll Ende 2027 erfolgen. Dieser Vorschlag wird dann vom BASE geprüft. Wissenschaft und Öffentlichkeit sollen beteiligt werden. Die Entscheidung über Standortregionen, die in Phase zwei dann übertägig erkundet werden, trifft schließlich der Bundestag. Die zweite Phase wird dann diese Erkundung sein – und in der dritten folgt die untertägige Erkundung.

Immer wenn man versucht ist, sich über die Kompliziertheit dieses Kaugummi-Verfahrens aufzuregen, kommt von den Expertinnen jedoch eine Abkühlung. „Es ist halt nicht trivial“, sagte Dagmar Dehmer am Montag auf die entsprechende Frage. Selbst in Finnland, ohne jeglichen Widerstand, habe es vierzig Jahre gedauert. Erinnert wird dann auch an die Dimensionen des Projektes. Bei der Endlagersuche reden wir nicht über Konrad und Asse, nicht über schwach- und mittlerradioaktives Material. Hier geht es um einen Ort in der Tiefe zur dauerhaften Lagerung von 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Mülls

aus gut 60 Jahren Atomkraft in Deutschland. Der Ort soll für eine Million Jahre sicher sein, da der Müll Hunderttausende von Jahren Jahre strahlt. Aufbewahrt werden Brennelemente und Co. derzeit in 16 oberirdischen Zwischenlagern in einigen Bundesländern.

Das Besondere in Deutschland und auch ein Grund für den Aufwand an Transparenz und Vielschichtigkeit: Niemand will das Lager haben. „Da müssen wir durch“, sagte Dagmar Dehmer dazu am Montag tapfer. Sie finde es grundsätzlich auch gut, wenn der Widerstand früh artikuliert werde – dann könne man nämlich reden und womöglich Sorgen zerstreuen.

In einigen Regionen muss man sich solche Sorgen erstmal nicht machen. Herausgefallen (oder so gut wie herausgefallen) sind vier unterirdische Gebiete mit Tongestein in Bayern und Brandenburg, die teilweise auch in benachbarte Bundesländer hineinreichen, dazu vier sich je über mehrere Bundesländer erstreckende Regionen mit Kristallgestein (Granit) sowie fünf überwiegend in Norddeutschland liegende flache Steinsalzformationen, wobei aus niedersächsischer Perspektive die Teile des Soling-Beckens sowie das Thüringer Becken wichtig sind. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) äußerte sich darüber erfreut – und erinnerte daran, dass ja auch der Salzstock in Gorleben als geologisch ungeeignet ausgeschlossen worden sei. Doch grundsätzlich bleibt Niedersachsen natürlich voll in diesem langen Rennen.

Die Arbeitsstände zur Auswahl möglicher Standortregionen sind im „BGE Endlagersuche Navigator“

unter www.bge.de/navigator dargestellt. In der interaktiven Anwendung zeigt die BGE die Arbeitsstände anhand von Karten.

Abbildung: Das Archivfoto zeigt Castor-Behälter im Zwischenlager für Atommüll am Kernkraftwerk Philippsburg. Uli Deck DPA Images
Fotograf-in: DPA Images
Wörter: 687
Ort: Braunschweig

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG